

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner :

Als nächster hat für die Fraktion Bündnis 90/Grüne der Abgeordnete Platzeck das Wort.

Platzeck für die Fraktion Bündnis 90/Grüne:

Herr Präsident, Hohes Haus! Herr Minister Pohl, ich bezweifle, daß die Handwerker und Gewerbetreibenden der DDR heute mittag mutvoller an ihr Tagwerk gehen als heute früh. Die Auskünfte waren unbefriedigend und vor allen Dingen unklar, und es geht um Stunden und Tage. Ich hoffe, daß dieser Nachholbedarf deutlich gesehen wird. Für mich ist außerdem spannend, wieviel Gewerbetreibende im September zu vermelden sein werden und nicht so sehr, wie viele sich jetzt angemeldet haben und genehmigt wurden. Da wird es sich nämlich erst zeigen, ob die Maßnahmen wirklich gegriffen haben. Ich habe da meine erheblichen Zweifel.

Es war ja doch ein beruhigender Lichtblick, der uns hier ins Haus gesetzt wurde, als es hieß, Hunderttausende Arbeitsplätze über den Mittelstand zu schaffen. Wir haben es ja immerhin mit einer Sphäre zu tun, die die einzige in der DDR war, die noch etwas von funktionierender Wirtschaft an sich hatte, die Handwerker und Gewerbetreibenden. Und wir sollten diesen zukunfts-trächtigen Acker wirklich - und das ist mein dringender Wunsch - gemeinsam bestellen.

Denn hier, in dieser Sphäre, liegt unser Reservoir an Innovationskraft. Hier handelt es sich um ein Reservoir an qualifizierten Arbeitskräften, an Kreativität; es ist ja nun einmal unser einziger „Rohstoff“. Es handelt sich auch um die aus ökologischer und wirtschaftlicher Sicht relevante Frage der Dezentralisierung unserer Wirtschaft. Und außerdem handelt es sich hier um eine Sphäre, in der der Entfremdungsgrad der Arbeit sehr gering ist.

Die bisher getroffenen Maßnahmen lassen allerdings - aus meiner Sicht - nur den Schluß zu, daß die Regierung der DDR besonderen Wert darauf legt, den Mittelstand der Bundesrepublik zu fördern - was ja wohl kaum nötig wäre! - und nicht den Mittelstand der DDR auf die Beine zu bringen.

Wer sich in den letzten Tagen mit dem Unternehmerverein der DDR und auch mit anderen Vertretern, der Industrie- und Handelskammer insbesondere, unterhalten hat, konnte erkennen, daß das Sorgenpotential riesig ist. Sehr viele Betriebe sind der Meinung, daß sie Ende Juli nicht mehr zahlungsfähig sind. Die allgemeine Euphorie über die verkündete Gewerbefreiheit ist gewichen. Man braucht die Probleme nur in Kurzform anzureißen - zum Teil ist das schon geschehen: Keine Räume, keine Chance, den genutzten Grund und Boden zu erwerben. Es kommt hinzu die Umstellung der Betriebskosten 2 :1 bei fortlaufender Lohnzahlung von 1 :1. Nun haben viele Handwerker auch noch Mitarbeiter eingestellt und stellen jetzt fest, daß das eigentlich der Fehlgriff überhaupt war. Die Leistungen werden im Juni für Ostgeld gebracht; im Juli, wo Gesellen noch in Urlaub gehen, soll in Westgeld ausgezahlt werden, in D-Mark. Die Frage ist: Wie?

Es droht eine Preisreform bei Material. Es droht, daß die Auftraggeber, insbesondere die öffentliche Hand, naturgemäß vorsichtig oder zahlungsunfähig sind, und sehr viele Handwerker und Gewerbetreibende leben davon. Die Kunden werden im Sommer sehr zurückhaltend sein. - Ich frage mich: Wie soll das eigentlich gutgehen? Ich habe nicht erkennen können, Herr Pohl, wie Ihr Maßnahmenpaket hier in den wenigen Tagen jetzt noch greifen soll. Dies hätte vorausschauend passieren müssen. Es muß ja den Leuten auch noch klar gemacht werden, welche Möglichkeiten es hier gibt, und da sehe ich eigentlich keine Chance.

Gestern haben uns Handwerker bei einem Hearing gefragt: Wie sollen wir denn jetzt im September Lehrlinge einstellen, da müssen wir doch erst einmal selber sehen, wie wir klarkommen? Das ist für mich eigentlich der nächste katastrophale Zustand, der sich andeutet.

Ein weiterer Punkt. 9 Mrd. Mark wurden in die teilweise absurden Preissenkungen des Großhandels investiert, die Ladenhüter

konnten so abgesetzt werden. Die Einkaufs- und Liefergenossenschaften blieben bei dieser Maßnahme völlig „außen vor“. Aus meiner Sicht ist dringend nötig - Sie hatten gewisse Andeutungen gemacht -, daß hier eine wirklich zinsgünstige Abschubfinanzierung, die auch entsprechend heute und morgen bekanntgemacht werden muß, um diese Ängste zu nehmen und auch wieder Mut in diese Sphäre zu bringen, initiiert wird.

Es steht morgen - hoffe ich - ein Gesetzentwurf auf der Tagesordnung, der, so glaube ich, auch die Frage der mangelnden Bereitstellung von Gewerberäumen teilweise mit löst, auch wenn es ein kleiner Umweg ist. Es geht darum, daß die Arbeitsverhältnisse für viele Verwaltungsbeamte der alten Verwaltung befristet gestaltet werden sollen. Ich glaube, daß hier - das wurde ja von den Kollegen der DSU angedeutet - wirklich dringender Handlungsbedarf besteht. Hier wird noch viel zu viel gekungelt, und das bremst unheimlich.

Der Staat sollte unbedingt Garantien für den abgewerteten Teil der Guthaben als beleihbares Eigentum übernehmen; denn hiermit wäre eine gewisse Kreditbonität gegeben.

Ich komme zu unserer zentralen Forderung: Den Bürgern müssen private Anteilsrechte an dem volkseigenen Produktivvermögen übertragen werden;

(Vereinzelt Beifall bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

denn nur über diese Anteilsscheine könnten viele aktiv unternehmerisch tätig werden. Wer das nicht will, könnte damit zurrt— Beispiel seine Wohnung übernehmen, damit auch die entsprechenden Sanierungsleistungen, und das würde gerade in der schwierigen Anfangsphase zu einem notwendigen Stimulator im Bausektor werden.

Zur Frage Grund und Boden. Ich bin der festen Überzeugung, hier hätte eine politische Entscheidung zugunsten der DDR-Bürger getroffen werden müssen, der Handwerker und der anderen Mittelständler.

(Beifall bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

Dies wäre möglich gewesen. Wenn gestern in der Haushaltsverordnung verabschiedet worden ist, jetzt Boden zu Marktpreisen zu verkaufen, dann frage ich mich: Welcher Klempner oder welcher andere Gewerbetreibende soll hier eigentlich noch zu fassen? Da fassen ganz andere zu, und das werden wir schon in den nächsten Wochen sehen!

Ein letzter Punkt noch am Rande. Im gestrigen Gespräch mit dem Raiffeisenverband wurde deutlich: Wir sollten die Dörfer ermuntern, auch Gewerbetreibende und andere Antragsteller aus den in ihrer Nähe liegenden Städten abzuziehen. Sie habe! teilweise Räume, sie haben Gebäude. Sie sollten da in die Offensive gehen und sagen: Wer Gewerbe betreiben will, könne das auch in ihren Dörfern tun. Das nutzt sowohl diesen Dörfern als auch den Gewerbetreibenden und dem Mittelstand insgesamt. - Ich danke Ihnen!

(Beifall bei PDS, Bündnis 90/Grüne)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Ich danke schön. Als nächster spricht für die Fraktion DBD/DFD der Abgeordnete Meyer-Bodemann.

Dr. Meyer-Bodemann für die Fraktion DBD/DFD:

Herr Präsident! Werte Abgeordnete! Ich möchte mich zuerst bei den Herren von der DSU für die Veranlassung dieser Aktualen Stunde zu der Frage der Selbständigen bedanken.

Es gibt im ländlichen Raum, für den ich hier sprechen möchte, einen ganz dringenden Handlungsbedarf in dieser Frage, der ebenfalls so, wie das auch aus den Ausführungen meiner Vorredner hervorging, nur zu langsam getragen wird und für diejeni-